

Rede zum Haushalt 2011 im Rat der Stadt Herten

Fraktionsvorsitzender Thomas Prinz

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sperrvermerk 13.04. 16:00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen sie mich zunächst einmal etwas zu den Fakten sagen!

Nach 30,1 Mio. € im letzten, sind es in diesem Jahr bereits 41,4 Mio. € neue Schulden für unsere Stadt. Der derzeit aktuelle Stand der Hertener Verschuldung, Herr Kreuz hat es bei der Haushaltseinbringung deutlich gemacht, liegt bei **sagenhaften** 286 Mio. €! Umgerechnet bedeutet dies eine Pro-Kopf Verschuldung von 4.600 € pro Hertener Bürger, vom Neugeborenen bis zum Greis. Und in den nächsten drei Jahren kommen noch einmal mehr als 100 Mio. € neue Schulden hinzu!

Gäbe es für diese Entwicklung nur eine Begrifflichkeit, **Wahnsinn** wäre das richtige Wort! Und hätte Herten mit dieser folgenreichen Entwicklung ein Alleinstellungsmerkmal im Kreis, man müsste, um es ein wenig ironisch auszudrücken, die sofortige Revolution ausrufen!

Anrede

In Fortführung dieser dramatischen Entwicklung bedeutet dies für unsere Stadt das wir im Jahr 2015 **die halbe Milliarde € Grenze überschreiten werden!** Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind **katastrophale** Zahlen und die Hertener Bürgerinnen und Bürger stellen **zu Recht** die Frage nach der Verantwortlichkeit und den Auswirkungen.

Bevor ich aber etwas zu den Verantwortlichen für dieses Desaster sage, möchte ich auf einige Verwaltungs- und Politische Fehlentscheidungen der jüngsten Vergangenheit in Herten zu sprechen kommen. So ist im hier vorliegenden Haushaltsentwurf u.a. zu entnehmen, dass die Verwaltung den Bereich der so genannten „*Zuwendungen für lfd. Zwecke*“ gegenüber der Finanzplanung 2010 für 2011, um 55.200 EUR verringern will.

Das bedeutet übersetzt: **Kürzungen!**

Kürzungen bei Kindertageseinrichtungen, **Kürzungen** bei den Kostenbeteiligungen für Schulen, **Kürzungen** bei den familienergänzenden Hilfen und **Kürzungen** bei der verbandlichen Jugendarbeit. Nur damit das klar ist, verehrter Herr Bürgermeister meine Damen und Herren der Verwaltung, **da wo sie von reduzieren oder von Sparen reden, reden wir von Kürzen. Nur damit die Begrifflichkeit auch deutlich wird.**

Die traurige Liste der **Kürzungen** ist in unserer Stadt leider sehr lang. In ihr stehen u.a.:

- ◀ das schließen von Schulen in Herten, wie die Beispiele der Elisabeth- **und Theodor Heuss-Schule** deutlich gemacht haben,
- ◀ das streichen für die Wohnberatung bei den Senioren,
- ◀ das schließen, des für Herten-Süd so wichtigen Süd-Kaps, am Ende des Jahres,
- ◀ das verstärkte veräußern städtisches Eigentums in Form von Grundstücksverkäufen,
- ◀ **die Forderung von weiteren Stelleneinsparungen**
- ◀ **das schaffen einer unnötigen Berufsfeuerwehr, welche langfristig den Haushalt weiter belasten dürfte,**

- ◀ sowie das unterstützen von wirtschaftlicher Betätigung der Hertener Stadtwerke im Bereich der risikoreichen Gasförderung in der Nordsee, anstatt sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren

Und auf der anderen Seite?

- ◀ das jährliche ausgeben von 11.300,- € für Unterhaltskosten des 190.000,- € teuren Projektes Burgenlandschaften, welches im Schlosspark still und leise vor sich hin rostet.
- ◀ sowie das beteiligen im zweistelligen Millionenbereich an Casinowetten auf zukünftige Zins- und Kreditentwicklungen deren Ausgang heute niemand, **aber auch wirklich niemand**, vorhersagen kann! Außer vielleicht die Deutsche Bank, aber dazu kommen wir ja später noch!

Weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen, **kürzt** die Verwaltung von 2010 bis 2013 insgesamt:

- ◀ im Bereich der Jugendförderung **555.000,- €**,
- ◀ im Bereich der Sprachförderung **356.000,- €**
- ◀ im Bereich der Seniorenbetreuung **409.000,- €**,

und im Bereich der Integration für Migrantenfamilien
noch mal **150.000,- €** ein.

Durch die finanzielle Not werden in Herten Entscheidungen getroffen die weitreichende Konsequenzen mit sich bringen. Herr Kreuz hat bei seiner Haushaltseinbringung, wenn auch ein wenig ironisch, darauf hingewiesen das die Stadt Herten **frühestens** im Jahr 2033 wieder einen ausgeglichenen Haushalt wird vorlegen können und **erst im Jahr 2061** wieder über Eigenkapital verfügen würde.

Zusammen mit den vor mir beschriebenen Fehlentwicklungen heißt das, um es deutlich auszudrücken, wir hinterlassen der nächsten Generation, also unseren Kindern, nicht nur ein Verschuldetes Haus, sondern fangen darüber hinaus auch noch an das Mobiliar nach und nach zu verscheuern. **Diese Vorgehensweise ist zu tiefst bedenklich und verantwortungslos.**

Anrede

Mittlerweile dürfte auch in dieser Runde keine Zweifel mehr daran bestehen, dass wir es mit einem strukturellen Problem zu tun haben. So ist es zu mindestens in den Abschlussbemerkungen des

hier vorliegen Haushaltsentwurf zu lesen. Herten hat, **und das muss man deutlich sagen**, kein Ausgabeproblem wie uns z.B. die Vertreter der UBP hier **immer noch** versucht glaubhaft zu machen, **nein**, diese Stadt hat, wie viele andere Städte in dieser Region, **ein massives Einnahmeproblem**.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der überwiegende Grund für unser Desaster. Und leider ist für keines unserer strukturellen Probleme hier eine Lösung in Sicht –weiterhin sind wir mit enormen wirtschaftlichen Ungleichgewichten in unserer Stadt konfrontiert, dem gravierenden Mangel an **Vollzeitjobs von denen man leben kann**, hoher privater Verschuldung und verbreiteter Sozialnot. Ein Blick in den letzten Armutsbericht spricht hier Bände.

Anrede

Dagegen können wir nicht kommunal „ansparen“, es wäre auch aussichtslos. Denn Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht vollends unter die Räder kommen, nicht die Gleichheit von Lebensverhältnissen und nicht die kommunale Selbstverwaltung. **Die Kommune ist und bleibt der**

Lebensmittelpunkt der Menschen, und das muss auch so bleiben.

Im hier aktuell vorliegenden Haushaltsentwurf geht die Verwaltung von einer Erhöhung der Steuerquote von gegenwärtig 33 Prozent, auf gut 40 Prozent bis 2014 aus. Das, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, erscheint uns doch **ein sehr ambitioniertes** Ziel zu sein, haben wir es doch selbst nicht geschafft auch in den Zeiten, **als sich das gesamte Land wirtschaftlich erholt hat**, signifikant davon zu profitieren. Der Aufschwung ging an Herten komplett vorbei! Bei der jetzt prognostizierten Erhöhung der Steuerquote ist, wie mir scheint, sicherlich eine gehörige Portion Hoffnung und Wunschdenken mit im Spiel.

Um grundsätzlich den Kommunen und damit auch Herten Stabilität, Planungssicherheit und deutlich höhere Einnahmen zu sichern, brauchen wir **dringend** neue Konzepte und Instrumente. Dazu gehören eine gesamtstaatliche Finanz- und Steuerreform und **endlich** ein kommunaler Entschuldungsfonds. DIE LINKE begrüßt deshalb **ausdrücklich** die Initiativen der neuen Landesregierung zur Entlastung der Kommunen, zu gerechterer Verteilung der Mittel aus dem GFG sowie die Entfristung der

Haushaltssicherungskonzepte durch die Änderung des §76 der Gemeindeordnung.

Wir haben **überhaupt kein Verständnis** für die laufenden Versuche von CDU und FDP den neuen Kurs auf Landesebene im Namen einer angeblichen „Antischuldenpolitik“ zu bekämpfen und dafür auch noch das Verfassungsgericht zu bemühen. Lassen sie mich an dieser Stelle in die Richtung von Herrn Kollege Grave sagen: Die Blockadepolitik der CDU und die damit verbundenen Auswirkungen auf die überschuldeten Kommunen und speziell auch auf Herten, **ist alles andere als christlich**. Bitte geben sie das an ihre Landtagsfraktion weiter!

Ich darf in diesem Zusammenhang, liebe Kolleginnen und

Kollegen, noch mal an die letzte Schwarz-Gelbe

Landesregierung erinnern, welche nicht nur Herten sondern

die ganze Region systematisch hat austrocknen lassen.

Schwarz-Gelb hat bei uns schlimmer gewütet als die

Weltwirtschaftskrise!

Das muss in aller Deutlichkeit noch mal gesagt werden!

Die finanzielle Zwangslage in der wir uns befinden, liebe Kolleginnen und Kollegen, führen leider zu kapitalen Fehlentscheidungen durch Politik und Verwaltung in unserer Stadt, ich hatte darauf hingewiesen.

Der Antrag zum Haushalt aber, wie er hier von SPD und CDU gestellt worden ist, in dem, man glaubt es kaum, u.a. die VHS Kursgebühren erhöht werden soll, um den: **ich zitiere wörtlich:** „*guten Willen gegenüber der Kommunalaufsicht zu dokumentieren*“ sind allenfalls dazu geeignet deutlich zu machen, dass gegenüber der Kommunalaufsicht eine Politik des Kniefalls Einzug gehalten hat. **Nichts mehr geht. Verzweiflung und Resignation, das ist es, was sie mit ihrem gemeinsamen Antrag hier deutlich machen**, mehr nicht. Lassen sie mich in diesem Zusammenhang noch mal an das Papier der „Interkommunale Zusammenarbeit“ erinnern, welches die SPD mit ihrer Mehrheit hier Ende 2010 durchgeknüppelt hat. In diesem, vom Regierungspräsidenten als „**alternativlos**“ deklarierten Papier ging es nicht darum zu sparen, wie uns der Bürgermeister als Mitglied der Arbeitsgruppe versucht hat glaubhaft zu machen, sondern es ging einzig und allein darum Leistungen zu **kürzen. Leistungen**

zu kürzen und zwar zu Lasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Arme, Alte, Kranke, Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten, Kinder und Arbeitslose. Sie alle, **die nichts für die Misere der Kommunen können**, sollen letztendlich die Zeche bezahlen.

Und gerade weil die Zitrone bei uns schon **ausgelutscht** ist, geht es hier **längst nicht mehr** darum zu sparen, nein, hier wird nur noch **gekürzt**, und das meine Damen und Herren, verehrte Anwesende, macht DIE LINKE nicht mit!

Anstatt sich endlich den wirklichen Ursachen zu widmen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, versuchen sie mit ihrem gemeinsamen Antrag, an den Symptomen rumzudockern. **Ja schlimmer noch**, durch die Fehler die jahrelang in Land und Bund von allen Parteifarben gemacht worden sind, wollen sie durch solche Verzweiflungsanträge die Menschen hier vor Ort dafür bezahlen lassen. Für diese Politik, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, fehlt uns jedes Verständnis. Das Märchen, dass beim Personal, bei der Bildung oder bei den Kommunalen Leistungen **gekürzt werden muss**, damit es uns am Ende wieder besser geht, **hat ein für alle mal ausgedient**. Das

sollte auch ihnen langsam klar werden, denn **nichts anderes** sagt ihr Antrag aus.

DIE LINKE jedenfalls wird diesen Kürzungswahnsinn, der immer mehr zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger geht, nicht mitmachen und wird den hier vorliegenden Haushalt **aus politischen Gründen** ablehnen, um damit auch ein **längst notwendiges** Signal in Richtung der eigentlich Verantwortlichen zu senden.

Ich kann sie an dieser Stelle nur auffordern diesem Beispiel zu folgen, vernünftig und überfällig wäre das allemal.

Ein herzliches Glückauf